



Ratskanzlei

Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 11
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Appenzell, 16. Oktober 2020

Mitteilungen der Standeskommission (amtlich mitgeteilt)

Neue Mieterinnen und Mieter der Alphütten «Bödeli» und «Zum Seeblick» in Seealp

Die Standeskommission hat im August 2020 die Neuvermietung der nicht landwirtschaftlich genutzten Alphütten «Bödeli» und «Zum Seeblick» in Seealp ausgeschrieben. Unter den 25 eingegangenen Bewerbungen erfüllte lediglich eine Bewerbung nicht alle geforderten Kriterien. Aus den restlichen 24 Bewerbungen, die als gleichwertig betrachtet wurden, wurden mit zwei Losentscheiden Rebekka und Beat Rechsteiner-Haas, Haslen, als neue Mieterinnen und Mieter der Alphütte «Bödeli» sowie Domenika und Pius Rusch-Fritsche, Weissbad, als neue Mieterinnen und Mieter der Alphütte «Zum Seeblick» gewählt.

Kostenbeitrag an die Aufwertung von Moorflächen im Gontenmoos

Der Kanton unterstützt wie bereits im Jahr 2014 ein weiteres Projekt zur Aufwertung eines Teils der Moorflächen im Gontenmoos mit einem Kantonsbeitrag.

Die Pro Natura St.Gallen-Appenzell hatte 2011 in einem Konzept Möglichkeiten zur Aufwertung eines Teils der national bedeutenden Moorflächen im Gontenmoos aufgezeigt. Ein erstes Aufwertungsprojekt wurde von der Organisation im Jahr 2014 auf ihren eigenen drei Parzellen im Gontenmoos erfolgreich umgesetzt. Der Kanton Appenzell I.Rh. und der Bezirk Gonten leisteten an die Projektkosten gestützt auf die Bestimmungen der kantonalen Natur- und Heimatschutzverordnung (VNH, GS 450.010) einen Beitrag.

Im Sinne eines zweiten Aufwertungsprojekts möchte die Pro Natura St.Gallen-Appenzell auf einem Teil ihrer Moorfläche im Gontenmoos die Regeneration des Moors fördern und den Gewässershaushalt verbessern. Für das in Absprache mit der Fachstelle für Natur- und Landschaftsschutz ausgearbeitete Aufwertungsprojekt sind Kosten von rund Fr. 200'000.-- budgetiert. Gestützt auf eine Programmvereinbarung im Bereich Naturschutz zwischen Bund und Kanton wird der Bund an die Massnahmen zur Moorregeneration einen Beitrag von rund 60%, beziehungsweise Fr. 115'000.--, leisten.

Der Kanton und die Bezirke können gemäss Art. 3 VNH die Wiederherstellung oder Neuschaffung naturnaher und artenreicher Lebensräume unterstützen, wobei sie nach Möglichkeit mit den örtlichen privaten Organisationen des Natur- und Heimatschutzes zusammenarbeiten. Der Bezirk Gonten hat an das neue Aufwertungsprojekt im Gontenmoos eine Kostenbeteiligung von

Fr. 5'000.-- zugesichert. Die Ständekommission ist bereit, an die Kosten der Moorregeneration einen Kantonsbeitrag von 17% oder maximal Fr. 33'000.-- zu leisten.

Erleichterte Einbürgerung

Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement hat Avdyl Hoti, geboren am 3. Januar 1980, Staatsangehöriger von Kosovo, Ehemann der Margrith Berta Hoti geborene Spinelli, von Appenzell, wohnhaft in Gossau SG, im Kanton Appenzell I.Rh. erleichtert eingebürgert.

Die genannte Person hat damit das Bürgerrecht von Appenzell, das Landrecht des Kantons Appenzell I.Rh. und das Schweizer Bürgerrecht erworben.

Fakultatives Referendum

Gemäss Bundesblatt Nr. 45 vom 6. Oktober 2020 sind folgende Bundesvorlagen dem fakultativen Referendum unterstellt worden:

- Bundesgesetz über den Datenschutz (Datenschutzgesetz, DSG)
- Bundesgesetz über die Schweizerische Nationalbibliothek (Nationalbibliotheksgesetz, NBibG)
- Bundesgesetz über die Kulturförderung (Kulturförderungsgesetz, KFG)
- Bundesgesetz über den internationalen Kulturgütertransfer (Kulturgütertransfergesetz, KGTG)
- Bundesgesetz über die Betäubungsmittel und die psychotropen Stoffe (Betäubungsmittelgesetz, BetmG)
- Bundesgesetz über die Landessprachen und die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften (Sprachengesetz, SpG)
- Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)
- Bundesgesetz über Vorläuferstoffe für explosionsfähige Stoffe (Vorläuferstoffgesetz, VSG)
- Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration (Ausländer- und Integrationsgesetz, AIG) (Unterstellung des Nachrichtendienstes des Bundes unter das Schengen-Datenschutzgesetz)
- Bundesgesetz zur Anpassung des Bundesrechts an Entwicklungen der Technik verteilter elektronischer Register
- Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz, HFKG)
- Bundesgesetz über die Meldepflicht und die Nachprüfung der Berufsqualifikationen von Dienstleistungserbringerinnen und Dienstleistungserbringern in reglementierten Berufen (BGMD)
- Bundesgesetz über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB-Gesetz)
- Bundesgesetz über die Förderung der Forschung und der Innovation (FIFG)
- Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung (BIZMB)
- Bundesgesetz über die Verminderung von Treibhausgasemissionen (CO₂-Gesetz)
- Bundesgesetz über die pauschale Vergütung der Mehrwertsteuer auf den Empfangsgebühren für Radio und Fernsehen
- Schweizerische Strafprozessordnung (Strafprozessordnung, StPO) (Sicherheitshaft im selbständigen nachträglichen Verfahren)
- Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung des Terrorismus mit dem dazugehörigen Zusatzprotokoll sowie über

die Verstärkung des strafrechtlichen Instrumentariums gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität

- Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung des Abkommens zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Rechte der Bürgerinnen und Bürger infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens
- Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2018/1240 über das Europäische Reiseinformations- und -genehmigungssystem (ETIAS) (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)
- Bundesbeschluss über die Genehmigung eines Doppelbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und Saudi-Arabien
- Bundesgesetz über die Unterstützung des öffentlichen Verkehrs in der Covid-19-Krise
- Bundesgesetz über die gesetzlichen Grundlagen für die Verordnungen des Bundesrats zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz)
- Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG)
- Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung (Arbeitslosenversicherungsgesetz AVIG) (Zusatzfinanzierung Arbeitslosenversicherung)

Die Referendumsfrist für diese Vorlagen läuft am 14. Januar 2021 ab.

Kontakt für Fragen

Ratskanzlei

Telefon +41 71 788 93 11

E-Mail info@rk.ai.ch